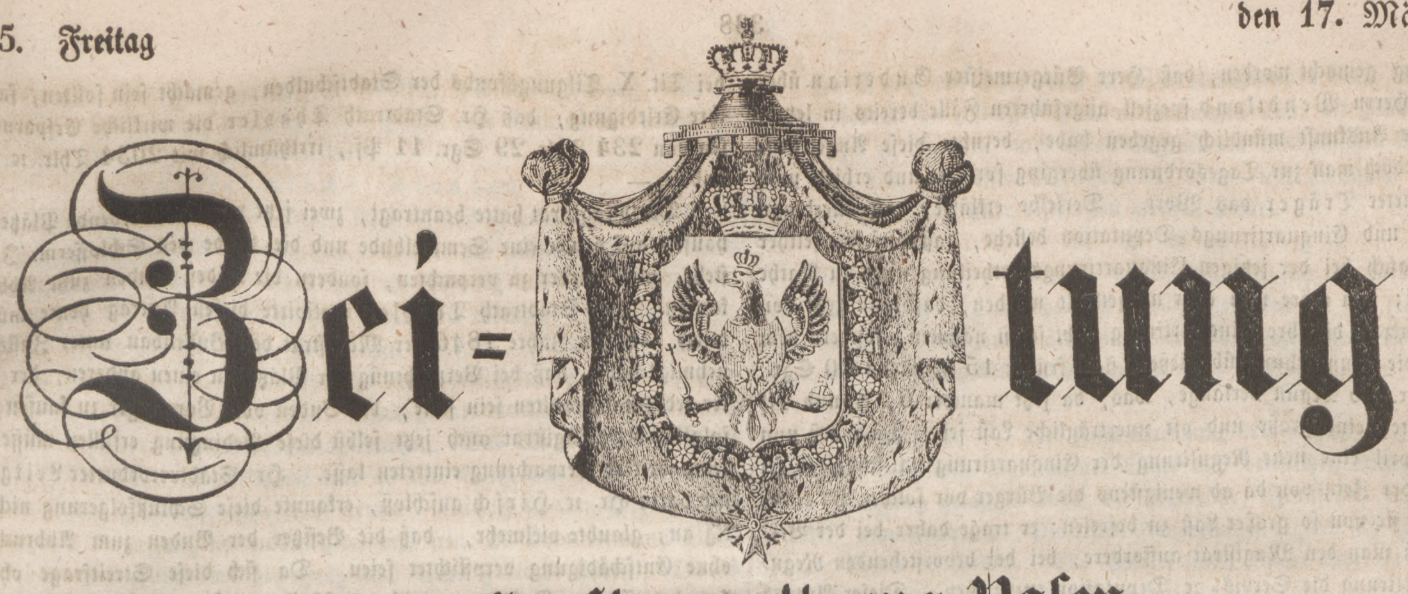
№ 65. Freitag den 17. März 1848.



Zeitung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Se. Majestät der König hat dem Staatsministerium erklärt, daß in Folge des Bundesbeschlusses vom 3. d. M. zwar kein Hinderniß mehr vorhanden gewesen, die „Censurfreiheit unter den nöthigen Garantien" sofort in Preußen einzuführen, daß Se. Majestät aber davon zurückgehalten worden sei durch den dringenden Wunsch, in dieser Angelegenheit ein gemeinsames Deutsches Bundesrecht zu erstreben.

Die jetzt eingetretene Lage der Sache macht es inzwischen — nach unserer Ueberzeugung — zu einer Unmöglichkeit, die Aufhebung der Censur und unserer gesammten Präventiv-Preßgesetzgebung zu verschieben. Wir an unserem Theile wollen wenigstens nicht versäumen, unsere Ueberzeugung pflichtgemäß darzulegen. Die gegenwärtige Lage der Angelegenheit ist folgende: Fast in sämmtlichen Deutschen Staaten, rund um Preußen her und zwischen den Preußischen Provinzen durch, ist die Censur aufgehoben und die ganze Präventivgesetzgebung theils schon völlig beseitigt, theils dergestalt durchbrochen, daß sie in keinerlei Form wieder hergestellt werden kann. Die hier und da ausgesprochenen Vorbehalte der Einführung von Garantien gegen den Mißbrauch der Presse oder, wie es auch genannt worden, die Preßlicenz (d. h. abermalige Einführung von Präventiv-Maßregeln), sind bereits unausführbar geworden. Denn: fast überall ist die Versicherung ausgesprochen, daß die augenblicklich eingetretene Gewährung von Freiheit nur in richtiger Erwägung der Anforderungen der Zeit stattgefunden habe; und wenn diese Versicherung nicht eine Unwahrheit sein oder werden soll — und dies ist für jetzt unmöglich — so kann die überall verheißene Verbesserung des freilich in Eile hergestellten Zustandes — der überall in Aussicht gestellte Fortschritt — nimmermehr in der Wiederherstellung der eben abgeschafften Freiheits-Beschränkungen, sondern einzig nur in einer Ausdehnung und Befestigung der bereits eingeführten Freiheit bestehen. Darüber täuscht sich, soweit unser Blick reicht, kein Kundiger, und kein besonnener Staatsmann kann und darf sich darüber täuschen. Die Anforderung, der in anderen Staaten nachgegeben worden, ist die der — Preßfreiheit. Zwischen dieser und dem, was „Censurfreiheit" oder „Preßfreiheit unter nöthigen Garantien" genannt werden kann, besteht ein wichtiger Unterschied. Unter Preßfreiheit ist zu verstehen, daß

jede namhafte, dem Staate bekannte und sich nennende Person drucken kann oder drucken lassen kann, was ihr beliebt und daß die etwa dabei vorfallenden Uebertretungen des Strafgesetzes nur durch den ordentlichen Richter erkannt und geahndet werden dürfen;

unter Censurfreiheit und Garantien wider den Mißbrauch ist zu verstehen, daß

die Presse nicht frei und nur dem allgemeinen Strafgesetz unterworfen, sondern daß sie unter die Wirkung von Vorbeugungsmaßregeln, deren Handhabung den Verwaltungs-Behörden obliegt, gestellt sein soll — zwar nicht mehr unter die Censur, aber unter Vorbeugungsmaßregeln anderer Art;

daher der König von Hannover, überaus treffend — wie es bei diesem klaren Kopfe immer der Fall ist — sagte: er würde die Censur sogleich aufheben, wenn er nur erst wüßte — was an deren Stelle zu setzen.

In denjenigen Deutschen Staaten, in welchen man so eben, den Anforderungen der Zeit ausgesprochenermaßen sich anschließend, die Preßfreiheit eingeführt hat, kann demnach von Censurfreiheit, kann von „dem was an die Stelle der Censur gesetzt werden soll," kann von Präventiv-Gesetzgebung für die Presse nicht mehr die Rede sein. Ein gemeinsames Deutsches Bundesrecht ist daher in dieser Angelegenheit so lange nicht möglich, als einige Mitglieder des Bundes auf dem Grundsatze der Präventiv-Gesetzgebung — wie dies wenigstens bei Oesterreich wohl nicht anders sein kann, — andere Mitglieder — was wenigstens bei Baden unvermeidlich — auf dem Grundsatze der Preßfreiheit beharren. Die „Hindernisse" einer Vereinbarung über ein Deutsches Bundes-Preßgesetz sind demnach bereits vorhanden, und sind, ihrer Natur nach, unübersteiglich. Will man in den wenigen Staaten Deutschlands, in denen noch die Präventiv-Preßgesetzgebung augenblicklich besteht, die Preßfreiheit einführen, so ist als Akt der Gesetzgebung nichts leichter als dies: es ist nichts weiter nöthig, als einfache Aufhebung der Censur und der ganzen Präventiv-Preßgesetzgebung. Der Preßmißbrauch fällt durch diesen Akt ohne Weiteres unter das Strafgesetz. In Preußen insbesondere haben wir für den Augenblick ausreichende Preßgesetze in den Strafrechtsbüchern. Die Nothwendigkeit dieses Schrittes ist erweislich wie folgt: Rings um uns her und gleichsam zwischen unseren Eingeweiden ist, wie gesagt, bereits die Preßfreiheit eingeführt. Damit hat die Präventivgesetzgebung auch für uns ihren Sinn und Zweck verloren. Sie kann nichts mehr verhüten, denn was z. B. nicht in Halle gedruckt werden kann, wird in Leipzig gedruckt. Absperren gegen seine Deutschen Grenznachbarn kann sich Preußen nicht, die Nachbarpresse ist unsere eigene. Ist unter diesen Umständen der Censur ihr präventiver Zweck und Charakter thatsächlich genommen, so kann an ihr nichts weiter übrig bleiben, als daß den Männern, die in der Presse thätig sind, ohne irgend erreichbaren politischen Zweck, so zu sagen das Exercitium corrigirt wird, und daß die Presse auf ihrer gewerblichen Seite im allerhöchsten Grade benachtheiligt wird, wie denn z. B. der Schaden, welchen unsere thätig redigirten Preußischen Zeitungen in Folge des Fortbestehens dieser nach Obigem jetzt unhaltbar gewordenen Institution in einer einzigen Woche erlitten haben, unberechenbar zu nennen ist. Unter diesen Umständen ist, unserer festen Ueberzeugung nach, eine den Zeitverhältnissen angemessene Thätigkeit der periodischen Presse moralisch wie materiell unmöglich, und wir wenigstens werden uns, bis die Umstände eine für uns günstigere Gestalt gewinnen, darauf beschränken, in unserem Blatte diejenigen Nachrichten, deren Veröffentlichung die Censurgesetzgebung verstattet, möglichst vollständig dem Leser zu überliefern, aller Betrachtungen und Beurtheilungen der Zeitverhältnisse aber uns gänzlich enthalten. (Z.-H.)

---

* Posen, den 15. März. (Achte öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.) Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung vorgelesen und genehmigt worden war, nahm Herr Stadtverordnete Wendtland das Wort, um zunächst sein Bedauern darüber auszusprechen, daß von ihm gestellte Anträge — und so auch seine beiden letzten — in der Regel in denjenigen Sitzungen zur Berathung gebracht würden, in denen er nicht anwesend sein könne, wogegen er freilich nichts zu thun vermöge; wenn er jedoch aus dem Zeitungsbericht ersehen, daß man in seinen letzten beiden Anträgen: 1) Vorkehrungen gegen einen möglichen Nothstand, wie jetzt in Rybnik und Pleß herrsche, zu treffen, und 2) eine Kontrole darüber einzurichten, daß die Beschlüsse der Versammlung Seitens des Magistrats schneller als oft bisher ausgeführt würden, — einen Vorwurf für den Magistrat und den Vorsteher der Versammlung gefunden habe, so müsse er erklären, daß er solchen damit durchaus nicht beabsichtigt habe. In ersterer Beziehung sei er davon ausgegangen, daß die gegenwärtige Armen-Verpflegung, unbeschadet des guten Willens des Magistrats, dennoch sehr und so mangelhaft sei, daß sie keinesweges in außerordentlichen Fällen, wie jetzt, hinreiche, um der Steigerung der Noth bis zum Aeußersten vorzubeugen, oder, wenn sie da sei, wesentlich zu lindern, und er hege die Ueberzeugung, daß, wäre er in letzter Sitzung zugegen gewesen, die Diskussion zu einem andern Resultat, als geschehen, geführt haben würde. In Betreff des zweiten Punktes wolle er zwar — da der Herr Vorsteher es gesagt habe — glauben, daß die von ihm beantragte Kontrole von diesem schon früher geführt worden sei, allein es seien ihm wenigstens Fälle bekannt (die Herr Wendtland nennt), wo die Versammlung vor 1 und 2 Jahren Beschlüsse gefaßt habe, aber heute noch nicht von der Ausführung in Kenntniß gesetzt sei.

Der Redner wurde von Herrn ꝛc. Kuiffka mit der Bemerkung unterbrochen, daß es gegen die Geschäftsordnung sei, über von der Versammlung bereits gefaßte Beschlüsse eine neue Diskussion anzuregen, und nachdem vom Herrn Vorsteher

noch die Bemerkung gemacht worden, daß Herr Bürgermeister Guderian über die Lage der von Herrn Wendland speziell angeführten Fälle bereits in letzter Sitzung genügende Auskunft mündlich gegeben habe, beruhte diese Angelegenheit. — Bevor jedoch man zur Tagesordnung überging forderte und erhielt noch Herr Stadtverordneter Träger das Wort. Derselbe erklärte, daß allerdings zwar eine Servis- und Einquartirungs-Deputation bestehe, daß dieselbe seither aber nie, und so auch bei der jetzigen Einquartirungsvertheilung nicht zu Rathe gezogen worden sei; ihm wäre nun aber mitgetheilt worden, daß man jetzt von den Hauseigenthümern, die ihre Einquartirung nicht selbst nähmen, sondern dem Servis- rc. Amte die Einmiethung überließen, statt früher 15 höchstens 20 Sgr., jetzt 1½ bis 2 Rthlr. pro Mann verlange, was, da jetzt mancher 6, 8 und 10 Mann mehr erhalte, eine große und oft unerträgliche Last sei. Da indeß nun mit nächstem 1. April eine neue Regulirung der Einquartirung stattfinde, so sei es noch immer an der Zeit, von da ab wenigstens die Bürger vor solcher Prellerei zu schützen und sie von so großer Last zu befreien: er trage daher bei der Versammlung an, daß man den Magistrat auffordere, bei der bevorstehenden Regulirung der Einquartirung die Servis- rc. Deputation zuzuziehen. Dieser Antrag wurde ohne Diskussion von der Versammlung einstimmig zum Beschluß erhoben, die sodann, nachdem noch eine Bemerkung des Herrn rc. Grunwald, daß die Servis-Deputation nicht aus der verfassungsmäßigen Mitgliederzahl bestehe, durch die Erklärung des Vorstehers beseitigt worden war, daß dieser Gegenstand jetzt, nachdem Herr Oberbürgermeister Naumann zurückgekehrt sei, in der betreffenden Regulirungskommission seine Erledigung finden werde, zur Tagesordnung überging.

Die Direktion des Vereins für Pferdedressur rc. hatte bei dem Magistrat beantragt, die früher von der Stadt gewährten Prämien von 80 Rthlr. zum Ankauf eines Pokals als Preis eines einfachen Rennens, und 50 Rthlr. als Preis für ein Bauerrennen, die man im vorigen Jahre wegen des Nothstandes habe ausfallen lassen, für das in diesem Jahre stattfindende Rennen wieder zu bewilligen. Der Magistrat hatte dieses Gesuch befürwortet, weil durch die Abhaltung der Pferderennen hier den Gewerbtreibenden mancher Verdienst zugewendet werde und die Kommune durch die Aufstellung von Buden auf dem Rennplatze gleichfalls Vortheil habe. Bei Eröffnung der Diskussion erklärte Herr Stadtverordnete Kniffka, daß die Rennen auch stattfinden würden, wenn die Stadt keine Prämien aussetze; man könne das Geld besser brauchen und er stimme daher gegen die Bewilligung. Auch Herr Stadtverordneter Mamroth sprach dagegen, weil die Rennen nur Veranlassung geben, die Arbeit zu verlassen, und die Budenmiethe kein Aequivalent für die Ausgabe von 130 Rthlr. böte. Die Versammlung beschloß einstimmig die Prämien auch in diesem Jahre nicht zu bewilligen.

Hierauf wurde dem Assessor Crousaz, Mit-Besitzer des Grundstücks Gerberstraße No. 405. und mit einem Einkommen von über 1000 Thlr. eingeschätzt, das von ihm beantragte Bürgerrecht mit dem Recht, als Stadtverordneter gewählt zu werden, ertheilt.

Der Magistrat hatte der Versammlung angezeigt, daß in dem Lizitations-Termin wegen Verpachtung des Gartens beim Thereseinkloster der Direktor Barth mit dem Gebot von 60 Rthlr. der Meistbietende geblieben sei, und beantragte, den Zuschlag zu ertheilen. Herr Stadtverordneter Szymański schlug dagegen vor, einen neuen Termin anzusetzen, da das jetzige Gebot gegen die bisherige Pacht von 125 Rthlr. (jetzt also 65 Rthlr. weniger), zu unverhältnißmäßig sei. Ihm treten die Herren rc. Hirsch, Gousiorowski und andere bei; allein in der von andern geltend gemachten Rücksicht, daß die Zeit schon zu weit vorgerückt sei, um einen neuen Termin noch frühzeitig genug ansetzen zu können, und daß ein Theil des Gartens als Turnanstalt für die Schule benutzt werde, ertheilte die Versammlung zuletzt den Zuschlag, jedoch mit der Aufforderung an den Magistrat, künftig Lizitations-Termine im Allgemeinen so früh anzusetzen, daß noch Zeit genug bleibe, für den Fall, daß der erste Termin kein genügendes Resultat liefere, einen zweiten anberaumen zu können. — Hierauf wurde von dem Vorsteher der Kommissionsbericht wegen Ueberlassung des Platzes zwischen der Franziskanerkirche und dem Kalkowskischen Hause an den Justiz-Kommissar Gierschvorgelesen. Die Kommission beantragte den ungefähr 15 Ruthen betragenden Platz, der jetzt nur ein Schmutzwinkel sei, dem rc. Giersch gegen das Gebot von 100 Rthlr. zu belassen und ihm auch zu gestatten, mit der Fluchtlinie des zu erbauenden Hauses in beantragter Weise vorzurücken, da die beabsichtigte Veränderung der Stadt zur Zierde gereichen werde. Die Versammlung ertheilte die Genehmigung unter der von Herrn Stadtverordneten Pilaski angeregten Bedingung, daß rc. Giersch, resp. seine etwaigen Rechtsnachfolger, den so von der Stadt erworbenen Platz nur in der, in der vorgelegten Zeichnung bestimmten Weise benutzen, d. h. nicht mit Gebäuden besetzen dürfe, weil sonst der Zweck, die Straße zu verschönern, leicht in Zukunft verloren gehen könne.

In Folge eines früheren Beschlusses der Versammlung hatte der Magistrat bei der Königl. Regierung darauf angetragen, zur Verhütung der Straßenbettelei die ambulanten Polizeibeamten zu vermehren. Der Vorsteher theilte heute die Antwort der Königl. Regierung mit, in welcher diese den Antrag ablehnt; da erklärt Hr. Oberbürgermeister Naumann, daß binnen kurzem der neue Polizeidirektor*) (der Name wurde nicht genannt) eintreffen werde, mit dem man dann deshalb in Communikation treten wolle. — Eine vom Hrn. Stadtverordneten Mamroth gestellte Anfrage in Betreff der Ursache bedeutender Ersparnisse, welche nach einer frühern Aeußerung des betreffenden deputirten Magistratsmitgliedes, bei Tit. X. Tilgungsfonds der Stadtschulden, gemacht sein sollten, fand dadurch ihre Erledigung, daß Hr. Stadtrath Thayler die wirkliche Ersparniß an Zinsen von 234 Thlr. 29 Sgr. 11 Pf., irrthümlich mit 2034 Thlr. rc. angegeben habe. —

*) Herr von Motz. (Anm. d. Red.)

Der Magistrat hatte beantragt, zwei jetzt pachtlos werdende Plätze am Rathhause, auf denen eine Semmelbude und die Bude des Schlosserm. Janowski stehe, nicht wieder zu verpachten, sondern die beiden Buden zum Abbruch anzukaufen. Hr. Stadtrath Thayler motivirte diesen Antrag heute mündlich dadurch, daß im Jahre 1846 der Magistrat den Budenbau unter Zusicherung genehmigt habe, daß bei Verpachtung der Plätze an einen anderen, der neue Pächter jedesmal gehalten sein solle, die Buden vom Vorgänger zu kaufen, und daß folglich der Magistrat auch jetzt selbst diese Bedingung erfüllen müsse, wenn er keine weitere Verpachtung eintreten lasse. Hr. Stadtverordneter Leitgeber, dem sich darin Hr. rc. Hirsch anschloß, erkannte diese Schlußfolgerung nicht als richtig an, glaubte vielmehr, daß die Besitzer der Buden zum Abbruch derselben ohne Entschädigung verpflichtet seien. Da sich diese Streitfrage ohne Einsicht der betreffenden Dokumente nicht entscheiden ließ, und diese dem Antrage des Magistrats nicht beigefügt waren, wurde auf Vorschlag des Hrn. Pilaski in seiner und in der Person der Herren Leitgeber und Wendtland eine Comission ernannt, um die Sachlage auf Grund der Akten zu prüfen und der Versammlung Bericht zu erstatten.

Hierauf wurden 4 Konsense zur Veräußerung von Grundstücken ertheilt und vollzogen. Vom Hrn. Stadtverordneten Müller war der Antrag mitgetheilt worden, zur Beaufsichtigung unserer städtischen Schulen zwei Schulinspektoren anzustellen; derselbe motivirte diesen in einen der wichtigsten Zeitfragen eingreifenden Antrag, indem er sich zunächst über die Volksschule im Allgemeinen dahin aussprach: „Von allen Regierungen ist in neuerer Zeit die Volksschule als eines der wichtigsten Staatsinstitute anerkannt, und daher wird derselben überall eine erhöhte Aufmerksamkeit und Fürsorge gewidmet. Man klagt, und nicht mit Unrecht, überall über eine allgemein herrschende geistige Ungesundheit in den niederen Volksschichten; die Krankheit ist da und soll geheilt werden. Dazu reichen aber Polizeimaßregeln und Strafandrohungen nicht aus, weil sie nur äußerlich das Böse zu verhindern, nicht aber den Menschen innerlich zu bessern vermögen; das kann allein die Volksschule, denn sie hat das doppelte Ziel zu verfolgen, dem Knaben diejenigen Kenntnisse beizubringen, durch deren Benutzung er künftig in den Stand gesetzt wird, die nothwendigen Lebensbedürfnisse sich mit Sicherheit zu erwerben, und zugleich in ihm einen sittlichen und religiösen Grund zu legen, der ihn für das ganze Leben, wenn auch nicht gegen jeden Abweg, so doch gegen gänzliche moralische Fäulniß schützt." Hierauf ging derselbe auf unser hiesiges Elementarschulwesen spezieller über, das, nach dem Urtheil derer, welche es kennen und zu beurtheilen berechtigt sind, keinesweges auf dem Standpunkte stehe, auf welchem es stehen solle und stehen könne. Wolle man bessern, so müsse man die Mängel kennen. Die Schuld liege hier auf beiden Seiten, an den Lehrern wie an der Aufsichtsbehörde. Unter den Lehrern gebe es begabte und unbegabte, talentvolle und beschränkte, gewandte und ungeschickte, pflichttreue und lässige; jene verlangten Anerkennung, diese Anregung, sie Alle aber, wenn sie erfolgreich wirken sollten, eine umsichtige, ununterbrochene, richtige Leitung. Daran habe es aber bisher gerade gefehlt und das sei die Schuld der Aufsichtsbehörde. (Fortsetzung folgt.)

Köln. — Der kommandirende General des 8ten Armeecorps, von Thile, hat nachstehenden Tagesbefehl an die Landwehr dieses Corps erlassen:

„Koblenz, den 6. März 1848.

„Se. Majestät der König haben unter den eingetretenen Verhältnissen im Nachbarlande die Reserven ausschließlich zur Sicherstellung der Rheinprovinz und der Festungen einberufen.

„Wie der König bereits beim Antritt Seiner Regierung erklärt hat, kein sogenanntes glorreiches Regiment führen zu wollen, daß sich den Völkern durch Kanonendonner verkündigt, so ist es auch in dieser bewegten Zeit Sein ernster, unabänderlicher Wille, nur dann zu den Waffen zu greifen, wenn die Unabhängigkeit des theuren Vaterlandes durch einen Angriff von außen wirklich bedroht wird. Die Landwehren sollen somit ihrer Heimath nicht früher entzogen werden, als bis Preußen zum Kriege gezwungen wird und es dann gilt, Haus und Heerd, Weib und Kind, alle Güter, welche dem Menschen heilig und theuer sind, zu vertheidigen, mithin die Wehr des Landes aufgerufen werden muß. — Gott wolle verhüten, daß es so weit kommt! — Wenn es aber dennoch so sein soll, so rechnet der König, inmitten einer Zeit, wo Alles zu wanken scheint, mit unerschütterlichem Vertrauen darauf, daß die Wehrmänner der Rheinlande, gleich den Vätern, dem Rufe zu den Fahnen mit Treue und Hingebung folgen und den Wahlspruch: „„Mit Gott, für König und Vaterland!"" — einem Feinde gegenüber bewähren werden, der es wagen sollte, Preußens und Deutschlands Frieden stören zu wollen.

Der kommandirende General von Thile.

Ausland.

Deutschland.

Hannover, den 11. März. Heute sind etwa 1500 Mann Preuß. Infanterie in zwei Abtheilungen, von Magdeburg kommend, auf der Eisenbahn nach Minden hier durchgegangen.

München, den 10. März. Aus Nürnberg meldet man, daß in der dortigen

Gegend die Bauern anfangen, unruhig zu werden, aus Aschaffenburg, daß in den benachbarten Dörfern die Bauern mit Schießen und Lärmen die nächtliche Ruhe stören und sich den Behörden widersetzen.

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 13. März. (Schl. Ztg.) Wien, das gemüthliche Wien, bietet heute das Bild eines Kriegsschauplatzes dar. Schon am frühen Morgen wogten große Menschenmassen durch die Straßen nach der Hofburg und dem Ständehause hin, auch nach dem Metternich'schen Palais strömte die Menge. Aus dem Haufen ertönten die Rufe: „Constitution, Preßfreiheit" u. s. w. Nachmittags wuchs die Gefahr von Stunde zu Stunde. Seitens des Hofkriegsraths wurden augenblicklich militärische Maßregeln angeordnet. Man sperrte die Thore, ließ die innere Stadt durch Militär von den Vorstädten abschließen. Das Wogen der Menschenmasse ist unbeschreiblich. An Geschäfte und an eine Börse war nicht zu denken. Unsere Courtiers gehen wie ohne Kopf herum. Wie ich so eben höre, soll der Anstoß der ganzen Aufregung von außen gekommen sein: die Deputirten aus Preßburg sollen das Contagium der Bewegung nach Wien gebracht haben. Ob ich Ihnen Details werde melden können, weiß ich nicht, da die Sperrung der Thore mir die Absendung der Briefe nach dem Bahnhofe sehr erschwert.

Dasselbe Blatt meldet ferner: Wien, den 13. März. Woran gewiß ganz Deutschland, bei der seit einem Jahrhundert entschiedenen Stabilität unseres Kaiserstaates am wenigstens gedacht hat, das ist heute auf eine sturmvolle Weise ins Leben getreten: Wien ist im Aufstande. Ein — ich sage — furchtbarer Volkssturm ist losgebrochen und entwickelt sich stündlich mehr und mehr. Gebe Gott, daß er nicht nach den Gesetzen der Natur weiter schreite und, je länger er zurückgehalten, desto grausenhafter wüthe. Die Bürgerschaft Wiens hat sich erhoben: man denke, was diese Worte sagen wollen. Sie hat in sich ein fermentirendes Element, die Studirenden haben sich ihr angeschlossen. In einem ungeheurem Knäuel wälzte sich die Menge nach der Villa des Fürsten Metternich am Reenwege. Natürlich suchte Jedermann vor dieser heranstürmenden Windsbraut zu flüchten; so that auch ich — und hörte ich nur später, daß die Villa zerstört worden ist. Der Volkshaufe wälzte sich hierauf durch die Stadt nach dem Staatspräsidium, und die Studirenden an der Spitze stellte man die entschiedensten Forderungen. Sofort erschien eine männliche Person auf dem Balkon (wer? das war nicht zu erkennen) und erklärte der tobenden Menge, daß in kürzester Zeit Se. Maj. der Kaiser, welcher der Treue seiner Wiener vertraue, alle diejenigen Wünsche befriedigen werde, welche mit dem Wohle des Kaiserstaates vereinbar sein. Schon seit längerer Zeit wäre die K. K. Regierung mit der Abfassung aller dahin abzielenden Gesetze beschäftigt und das Volk wäre baldigst freudig überrascht worden durch die zeitgemäßen und wohlwollenden Absichten des Kaisers. — Inzwischen hatte das Militär seine Kräfte entwickelt. Ein Freund, dem ich vertrauen kann, sagt mir, daß auf anderen Punkten ein heftiges Peloton-Feuer mit Kanonendonner vermischt gearbeitet habe, und, was ich weiß, ist, daß beim Abgange des Zuges die Ruhe keineswegs hergestellt war. Schon hat man die Thore gesperrt und überall hört man von 19 Todten und 14 Verwundeten erzählen. Möge Gott helfen!

Frankreich.

Paris, den 11. März. Der politische Flüchtling J. Venedey aus Köln hat sich durch die Adresse der „Deutschen Demokraten" veranlaßt gefühlt, ein Schreiben an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn von Lamartine, zu richten und ihm mit demselben eine Gegen-Adresse von anderen seiner Landsleute zu übersenden, worin dieselben zwar das Französische Volk zu der vollführten Revolution beglückwünschen, aber doch hinzufügen, daß sie, als zu Paris wohnhafte Söhne Deutschlands, nicht berufen seien, hier im Namen Deutschlands zu sprechen.

Der hiesige Spanische Geschäftsträger soll von seiner Regierung den Befehl erhalten haben, die Diamanten der Herzogin von Montpensier zurückzufordern, weil sie ihr persönliches Eigenthum seien.

Der Unterrichtsminister Carnot hat an die Sektionen der Akademie ein Cirkular erlassen, das vornehmlich den Einfluß einer politischen Erziehung der Jugend auf die Bürgerpflichten und auch den Einfluß der Elementarlehrer auf die Wahlen bespricht. Bemerkenswerth ist folgender Passus dieses Rundschreibens: „Der größte Irrthum, vor dem man das Landvolk bewahren muß, ist der, daß es nöthig sei, Erziehung oder Vermögen zu besitzen, um Volksrepräsentant zu sein. Was die Erziehung anlangt, so ist es offenbar, daß ein wackerer Bauer, der gesunden Menschenverstand und Erfahrung habe, ungemein besser in der Nationalversammlung die Interessen seines Standes vertreten würde, als ein reicher und wissenschaftlich gebildeter Bürger, der dem Landleben fern steht oder durch Interessen verblendet würde, die der Masse der Landleute fern stehen. Was das Vermögen anlangt, so würde die allen Mitgliedern der Nationalversammlung zu verwilligende Entschädigung auch für die Aermsten ausreichen. Auch darf man nicht vergessen, daß in einer großen Versammlung, wie jene, die zusammentreten wird, der größte Theil der Mitglieder, die Rolle von Geschworenen spielt. Er sagt, „ja," oder „nein," wenn das, was die Auserwählten unter den Mitgliedern „gut" oder „schlecht" ist. Er braucht nur „Biederkeit" und „gesunden Verstand," — weiter nichts.

Alexander Dumas beklagt sich in der „Presse" daß man die Statue des (verstorbenen) Herzogs von Orleans aus dem Louvre ohne Volksbeschluß entfernt habe. Der Herzog sei immer ein Freund des Volkes gewesen und fast in Ungnade gefallen, weil er die Worte gesprochen: „Lieber am Rhein sterben, als in einer Gosse der Straße St. Denis."

In Bezug auf den, auch zu Köln vernommenen Ruf: Kein stehendes Heer mehr! fordert die „Presse" Hrn. v. Lamartine auf, die Initiative dieser großen Maßregel zu ergreifen, und einen allgemeinen Europäischen Congreß zu beantragen, wo eine progressive Reduktion der Land- und Seemacht aller Europäischen Staaten zum Heil Aller beschlossen werden könnte.

Schweiz.

Neuenburg. — Am 3. d. M. begaben sich die vorörtlichen Commissäre auf das Schloß und sprachen im Namen des Vororts die feierliche Anerkennung der Republik Neuenburg als Glied der Schweizerischen Eidgenossenschaft aus. Von allen Seiten geben die Gemeinden ihre Zustimmung zu der neuen Ordnung der Dinge.

Neuenburg. — Der Zusammenhang der jüngsten Ereignisse ist in kurzem Ueberblick nach dem Solothurner Blatt und brieflichen Mittheilungen folgender: Die Bewegung gelangte durch die Nachricht, Frankreich habe sich als Republik erklärt, zum Ausbruch. Die ersten Aeußerungen zeigten sich schon am 29. Abends in La Chaux de Fonds. Die Polizei hatte einige Liberale ins Gefängniß im Stadthause geworfen. Abends wurden sie aber von einer großen Menge Volks mit Gewalt befreit. Am 28. blieben alle Werkstätten geschlossen; große Furcht erfaßte die Gemeindebehörde und alle Preußisch gesinnten. Sie flehten das liberale Comité um seine Mitwirkung zur Aufrechthaltung der Ordnung an. Das Comité sagte nur für diesen Tag und nur unter der Bedingung zu, daß die Nobelgardisten der Regierung entwaffnet würden. Abends war Alles in Bewegung. Wohl 800 junge Männer sammelten sich vor dem Rathhause und wollten den Maire zur Abdankung bewegen. Da der Mann zögerte, so hieß es: aux armes! und in einer Viertelstunde war das Rathhaus von 1000 Bewaffneten umgeben. Jetzt legte die Ortsbehörde ihre Gewalt nieder und die Liberalen bemächtigten sich des Hauses. Die Preußische Fahne flog herunter und wurde zerrissen; an ihrer Stelle wurde die eidg. aufgepflanzt, die gegenwärtig von allen Thürmen und Brunnen herunterflattert. Die Royalisten wurden entwaffnet; die ganze Nacht war La Chaux de Fonds illuminirt und unter den Waffen, da man einen Ueberfall von dem royalistischen La Sagne fürchtete. Ein Königlichgesinnter, der in der Nacht einer Schildwache das Gewehr entreißen wollte, wurde erschossen. Während dies in La Chaux de Fonds herging, war man in den übrigen Thälern nicht müßig geblieben. In Locle versammelten sich die Liberalen am 29. Febr. Morgens 9 Uhr im Gasthofe Landry. Der Sohn des Lilienwirths, David Perret, ein energischer junger Mann, wurde zum Anführer ernannt. Um 10 Uhr Vormittags war das Rathhaus in der Gewalt der Liberalen, die sogleich alle an die Preußische Herrschaft erinnernden Gegenstände auf die Seite schafften. Die Municipalität dankte ab. Auf die Kunde von diesen Ereignissen in Locle erhoben sich auch das Traversthal und les Brenets; überall erklärte man die Preußischen Behörden für aufgelöst. Bewaffnete zogen zu den Patrioten von Locle. Am 1. März früh rückten die Männer von La Chaux de Fonds nach La Sagne, das entwaffnet wurde. Die Regierung von Neuenburg schickte den jungen Chambrier, um mit dem Central-Comité der Liberalen zu unterhandeln, das an diesem Tage in La Chaux de Fonds zusammengetreten war. Allein man wollte nichts von Unterhandlungen wissen und verlangte Abdankung der Regierung. Chambrier wurde im Lilienhotel als Gefangener bewacht. Sowie die Schaaren sich überall gesammelt hatten, rückte man nach Neuenburg herunter in drei Colonnen, von La Chaux de Fonds, von Locle und vom Traverthale. — Eine Zeit lang suchte man das Schloß und das Rathhaus zu vertheidigen; als man aber die geringe Bereitwilligkeit der Bürgergarden sah, beschloß man, sie auseinander gehen zu lassen und den Gegnern zu weichen. Die ganze Nacht vom 29. Febr. auf den 1. März wurde nun aus dem Schlosse geflüchtet; Meubles, Schriften, Weine rc. wurden fortgeführt. Ein letzter Versuch, mit dem liberalen Comité zu unterhandeln, mislang. Hr. Chambrier wurde nach Bern gesandt, um eidgenössische Commissäre zu begehren und Zuzug aus den andern Kantonen abzuhalten; den herunterziehenden Bergleuten wurde angezeigt, daß man abgehen werde. So zogen am 1. März Abends 1800 Bergbewohner in die Stadt Neuenburg ein alle wohl bewaffnet und zum Theil uniformirt. (N. Z.-Z.)

Italien.

Rom, den 2. März. Wir wissen von sicherer Hand, daß der Entwurf der neuen Konstitution für den Kirchenstaat beendigt; es geht das Ganze schließlich noch durch die Hand Sr. Heiligkeit. Uebrigens wird, wie wir aus derselben Quelle wissen, die Erwartung des Volkes noch bedeutend übertroffen werden, da die neue Verfassung in mehrfacher Rücksicht alle bis jetzt erschienenen Italienischen Konstitutionen wesentlich übertreffen soll. Als besonders bezeichnend heben wir hervor, daß die, bloß aus Kardinälen bestehende Pairskammer ihre Thätigkeit lediglich den religiösen Verhältnissen zu widmen hat.

Die Volksbewegung gegen die Jesuiten greift immer weiter um sich. Auch Turin haben sie räumen müssen. Zwar hatte die Regierung vorgebaut, indem sie ihnen am 2. März den Befehl gab, die Stadt zu verlassen; allein am Abende fand nichtsdestoweniger eine lärmende Demonstration gegen ihr Collegium statt, welche bis spät in die Nacht dauerte. Ein Unglück ist nicht zu beklagen; die Regierung hat eine Bürgersicherheitswache errichtet. — In Fano im Kirchenstaate hat man die dortigen Jesuiten gewaltsamerweise in Wagen gesetzt und sie fortgeschickt. Aus Faenza, Camerino und andern Orten sind gleichfalls die Väter Jesu, aus Ancona und Sinigaglia die Ignorantiner vertrieben worden.

Stadttheater zu Posen.

Freitag den 17. März zum Drittenmale: Einmalhunderttausend Thaler; Posse mit Gesang in 3 Akten von D. Kalisch. Arrangement der Musik vom Königl. Musik-Direktor Hrn. Gährich.

Für die Nothleidenden in den Kreisen Rybnik und Pleß sind bei den Unterzeichneten ferner eingegangen:

No. 80) Herr N. ½ Frd'or. (2 Rthlr. 25 Sgr.), 81) HH. Kaufleute Jacob und Robert Asch 3 Rtlr., 82) Herr Gutsbesitzer Louis v. Treskow 2 Frd'or., (11 Rthlr. 10 Sgr.), 83) Herr Lieutenant Benkendorf v. Hindenburg 1 Rthlr., 84) Herr X. M. O. 10 Rthlr., 85) Herr Commendarius Thielmann aus Groß-Dammer (Dąbrówka) 1 Rthlr., 86) durch Herrn Probst Pospiezynski in Neustadt a/W. 4 Rthlr., 87) von der Kirchen-Gemeinde in Brodnica durch den Herrn Pfarrer Borowicz 3 Rtlr. 27 Sgr. 9 Pf., 88) von dem Herrn Probst Gagacki in Kozmin 3 Rthlr., 89) von der Kirchengemeinde in Rokitten durch den Herrn Commendarius Gießmann 18 Rthlr., 90) der Reinertrag aus der Verloosung einer von Herrn G. geschenkten Cigarrenspitze 9 Rthlr. 25 Sgr. In Summa 1248 Rthlr. 6 Sgr. 10 Pf. — Außerdem 91) von Frau Holzhändler Barleben 12 Paar Strümpfe und 14 St. Schnupftücher. — Es werden fernere Beiträge angenommen.

Posen, den 16. März 1848.

v. Przyluski. Dr. Freymark. Działyński. v. Kries. Brzezinski. Kolanowski. Guderian. Ordelin. v. Colomb. v. Tieschowitz.

Im Verlage der Deckerschen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei in Berlin ist erschienen und bei E. S. Mittler in Posen zu haben:

Verhandlungen

des

im Jahre 1848 zusammenberufenen

vereinigten ständischen Ausschusses,

zusammengestellt von

E. Bleich,

Königl. Kanzlei-Rath und Büreau-Vorsteher des Vereinigten ständischen Ausschusses.

Berlin, 1848.

Der erste Band dieses Werkes (I. Abtheilung), die Aktenstücke enthaltend, wird erst nach dem Schlusse der Sitzungen ausgegeben.

Der zweite und dritte Band (II. Abtheilung) mit den stenographischen Berichten über den 1sten und 2ten Theil bis einschließlich elften Titels des Entwurfs zum Strafgesetzbuche sind bereits erschienen und kosten beide (82 Bogen gr. 8.)

in der Ausgabe auf Druckp. 1 Thlr. 15 Sgr.
in der Ausgabe auf Schreibp. 2 Thlr. 5 Sgr.

Der vierte Band mit der Fortsetzung dürfte schleunigst folgen.

Berlin, den 24sten Februar 1848.

Der Wirth Anton Korpik zu Koszanowo bei Pinne ist durch das Erkenntniß des unterzeichneten Ober-Landesgerichts vom 12ten Januar d. J. für einen Verschwender erklärt worden, und es darf ihm daher ferner kein Kredit ertheilt werden.

Posen, den 4. Februar 1848.

Königliches Ober-Landesgericht.
Abtheilung für die Prozeßsachen.

Aufgebot.

Im Hypothekenbuche der im Pleschener Kreise des Großherzogthums Posen belegenen adeligen Güter Kucharki sind, und zwar:

1) auf Kucharki Antheil I. sub Rubrica III. No. 1. — 500 Rthlr. oder 3000 Gulden poln. Brautschatz-Gelder für die Johanna v. Trąpczyńska, modo deren Erben ex agnitione des Besitzers ad protocollum vom 11ten Juni 1796 laut Dekrets vom 29sten Juli 1797, und
2) auf Kucharki Antheil II. sub Rubrica III,
   a) No. 4. — 500 Rthlr. oder 3000 Gulden poln. als eine Evictional-Summe für die Julianna v. Trąpczyńska modo deren Erben ex agnitione ad protocollum vom 14ten März 1797,
   b) No. 5. eine Protestation für die Schwester der Besitzer, Rosalie v. Trąpczyńska, verehel. v. Przespolewska wegen ihres noch unausgemittelten Brautschatzes, welchen dieselbe ex agnitione der Besitzer ad protocollum vom 14ten März 1797 aus diesem Gute zu fordern hat, und die gerichtliche Cession der Rechte aus dieser Protestation an Peter von Magnuski vom 30sten November 1804 laut Dekrets vom 4ten December 1804, so wie die weitere Cession des letzteren an den Regierungs-Kanzelisten Woyciech v. Kowalewski laut Dekrets vom 29sten Januar 1805 eingetragen.

Nach der resp. Behauptung der Eigenthümer:

1) von Kucharki I. Antheils, der Eheleute Florentine geb. Swiętochowska und Andreas v. Galewski,
2) von Kucharki II. Antheils, der Eheleute Onufria und Johann Bredkraycz,

sind die eingetragenen Gläubiger ihrem Aufenthalte nach unbekannt und die eingetragenen Ansprüche bereits getilgt.

Auf ihren Antrag werden alle diejenigen, welche an die obigen zu löschenden Posten als Eigenthümer, Cessionare, Pfand- oder sonstige Brief-Inhaber Rechte zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, dieselben binnen drei Monaten und spätestens in dem

auf den 26sten Juni 1848 Vormittags
um 8 Uhr

vor dem Ober-Landesgerichtsreferendarius Keigel in unserem Instruktionszimmer angesetzten Termine anzumelden, widrigenfalls sie damit präkludirt, und die aufgebotenen Posten für erloschen erklärt werden sollen.

Posen, den 24. Februar 1848.

Königl. Ober-Landesgericht,
Abth. für die Prozeß-Sachen.

Nothwendiger Verkauf.

Das hierselbst sub No. 8. und 9. belegene, zur Kaufmann Leonhard Usingerschen Konkurs-Masse gehörige Grundstück, abgeschätzt auf 5471 Rthlr. 2 Sgr. 6 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 20sten April 1848 Vormittags
10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens an diesem Termine zu melden.

Inowraclaw, den 27. September 1847.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Cigarren-Auktion.

Montag den 20sten März und die darauf folgenden Tage Vormittags von 10 und Nachmittags von 3 Uhr ab, sollen im Gewölbe Markt No. 56. eine große Parthie diverse Cigarren, wobei eine Quantität guter Manilla's und Bremer befindlich, so wie auch Rawiczer Schnupftabak in Blei, öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Mein im Gnesener Kreise, Regierungs-Bezirk Bromberg, belegenes Erbpachtsvorwerk Ostrowitte primasoskie, bin ich Willens aus freier Hand zu jeder Zeit zu verkaufen. Die Gebäude sind theils gemauert, sämmtlich in baulichem Zustande, auch ist todtes und lebendes Inventarium vollständig vorhanden. Selbstkäufer belieben sich schriftlich portofrei, oder mündlich bei mir zu melden.

Kißling.

Auf dem Erbpachts-Vorwerke Schönherrnhausen, ½ Meile von Posen, dicht an der Oborniker Straße, sind eine Quantität Topinambours, der Scheffel zu 2 Rthlr. abzulassen. Sie haben an Knollen in diesem Jahre nicht allein einen besseren Ertrag, als Kartoffeln, gegeben, sie haben auch schon im Herbste durch ihre 8 bis 12 Fuß hohen starken Stengel für Schaafe und Kühe ein sehr reichhaltiges Futter geliefert.

Die chemische Fabrik bei Stettin
August Moritz
hat mit Erzeugung
concentrirter Schwefelsäure
ihre Wirksamkeit begonnen.

Unter obiger Firma an mich eingehende Aufträge werden prompt zu der Konjunktur und Konkurrenz angemessenen Preisen in bester Qualität effectuirt.

Näheres auf frankirte Anfrage bei

August Moritz.

Stettin, den 9. Februar 1848.

Schwefelsäure-Ballons werden gekauft
ohne Korb und Emballage zu 10 sgr.
mit brauchbarem Korb do. zu 12½ sgr.
mit neuem Korb do. zu 15 sgr.
} pr. Stück von c. 2 Ctr. Inhalt.

Frei Fabrik.

Für bei mir gekaufte Waaren werden ausländische Kassen-Anweisungen für den vollen Nennwerth angenommen.

Simon Katz,
Wilhelmsstraße No. 10.

Meine neu eröffnete Rauch- und Schnupftabaks-Handlung empfehle ich dem geehrten Publikum zur geneigten Berücksichtigung.

J. Gintrowicz,
Wasserstraße Nro. 2.

---

3 kleine und 1 mittlere Wohnung zu 30 Rthlr., 36 Rthlr. und 70 Rthlr. sind vom 1sten April c. ab zu vermiethen Bäckerstraße No. 13. c. im Odeum.

Benachrichtigung.

Den geehrten Mitgliedern des Vereins im Logenhause machen wir hierdurch bekannt: daß das laut Programm auf den 19ten d. Mts. festgesetzte gemeinschaftliche Abendessen auf eine spätere Zeit aufgeschoben werden muß.

Posen, den 16. März 1848.

Die Direktion.

Vorlesung der Kölnischen Zeitung jeden Abend 7 Uhr im **Rathhauskeller.**

S. G. Haacke.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel.

Den 14. März 1848.	Zins-Fuss.	Preus. Cour Brief.	Preus. Cour Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	84¾	84¼
Präm.-Scheine d. Seehdl. à 50 T.	—	87¼	—
Kur.- u. Neum. Schuldverschr.	3½	81¼	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	81¾	—
Ostpreussische dito	3½	—	84¾
Grossherz. Posensche Pfandbr.	4	95¼	—
dito dito dito	3½	—	—
Pommersche dito	3½	86¾	86¼
Kur- u. Neumärkische dito	3½	87¼	—
Schlesische dito	3½	—	—
dto. vom Staat gar. Litt. B.	3½	—	—
Pr. Bank-Antheil-Scheine	—	80½	—
Friedrichsd'or	—	14⅞	14⅜
Andere Goldmünzen à 5 Thlr.	—	13¾	13¼
Disconto	—	3½	4½
Actien.			
Berl. Anh. Eisenbahn Lit. A. B.	—	90	—
dto dto. Prior. Oblig.	4½	—	—
Berlin-Hamburger	4	70½	—
do. Priorität	4½	—	84½
Berlin-Potsd.-Magdeb.	4	71½	—
dto. Prior. Oblig.	5	88¼	—
dto. dto. dto.	5	—	—
Brl.-Stet. E. Lt. A. und B.	—	85	84
Bresl.-Schweid.-Freibg.-Eisenb.	4	—	—
dito. dito. Prior. Oblig	4	—	—
Köln Mind. v. e.	3½	68¾	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4½	81¾	—
Düss. Elb. Eisenbahn	—	—	—
Magdeb.-Halberstädter Eisenb.	4	99½	98½
Magd. Leipz. Eisenbahn	—	—	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	—
Niederschl.-Märk.	3½	64	63
do. Priorität	4	80¼	79¾
do. Priorität	5	90½	—
do. III. Serie	5	—	—
Ob.-Schles. Eisenbahn Lt. B.	4	—	—
do do. Prior.-Obl.	—	—	—
do. do. Lt. B.	4	—	—
Nieder-Schles. Zwg.-B. Priorit.	5	—	—
Prinz Wilh. (Steele-Voh.)	5	—	—
dto. Priorität	—	—	—
Rhein. Eisenbahn	4	—	—
do. Stamm-Prior. (voll eingez.)	4	—	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	—
Thüringer	4½	56	55
Wilh.-B. (C.-O.)	—	—	—
dto. dto. Priorität	5½	81¼	83¾

Posen, den 16. März 1848. 4 % Stadt-Obligationen ohne Cours.

Getreide-Marktpreise von Posen,

den 15. März 1848. (Der Scheffel Preuß.)	Preis von Rtl.	von Sgr.	von Pf.	bis Rtl.	bis Sgr.	bis Pf.
Weizen d. Schfl. zu 16 Mtz.	1	14	5	1	23	4
Roggen dito	1	1	1	1	5	7
Gerste	1	1	1	1	10	—
Hafer	—	22	3	—	24	5
Buchweizen	—	28	11	1	1	1
Erbsen	1	1	1	1	10	—
Kartoffeln	—	17	9	—	22	3
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	27	6	1	—	—
Stroh, Schock zu 1200 Pf.	4	20	—	5	10	—
Butter das Faß zu 8 Pfd.	2	5	—	2	10	—

(Hierzu ein Extra-Blatt.)

Extra-Blatt

zu

№ 65. der Zeitung für das Großherzogthum Posen vom 17. März 1848.

Bekanntmachung.

Unter dem Vortritte des Ober-Bürgermeisters hatte heute Mittag 2 Uhr eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten hiesiger Residenz die Ehre, Sr. Majestät dem Könige die aus Veranlassung der Zeitereignisse beschlossene Adresse zu überreichen.

Se. Majestät geruhten, nach einigen, die Gesinnungen und Hingebung der Bürger Berlins zu ihrem Könige darlegenden Worten des Ober-Bürgermeisters, dem Letzteren die Vorlesung der Adresse in huldreichsten Worten zu gestatten. Der Magistrat beeilt sich, seinen harrenden Mitbürgern sowohl die Adresse (sie enthält die bereits bekannten Punkte), als die darauf ertheilte Allergnädigste Antwort hier mitzutheilen.

Wir halten uns überzeugt, daß dieselbe Begeisterung unsere Mitbürger ergreifen wird, wie die Abgeordneten noch ergriffen waren, als sie uns die Kunde von dem großen, erhabenen, ja heiligen Augenblick brachten, in dem das Herz unseres theuren Königs die Herzen der Bürger Seiner treuen Vaterstadt so mächtig bewegt hatte.

Berlin, den 14. März 1848.

Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königlichen Residenz.

Se. Majestät geruhten hierauf im Wesentlichen Folgendes zu äußern: Se. Majestät fühlten die Bedeutung des Augenblickes; es sei die erste Adresse, welche Sie in dieser bewegten Zeit von Hand zu Hand entgegennähmen und es sei Allerhöchst Ihnen ein angenehmes Gefühl, daß Sie von Ihrer lieben Vaterstadt komme, die sich auch in dieser Zeit der Bewegung in erfreulichster Weise bewährt habe. — Wenn es ringsum koche, dürfe man freilich nicht erwarten, daß hier allein die Stimmung unter dem Gefrierpunkte stehe, und erwäge man dies, so sei es anerkennungswerth, daß in einer Stadt von solcher Größe, in der es an reichlichen Elementen der Unruhe nicht fehle, die Ordnung nicht erheblich gestört sei. Selbst der gestrige Abend könne dieses Anerkenntniß nicht wesentlich trüben, denn bei allen denen, auf deren Benehmen Se. Maj. Werth lege, wäre die ruhigste und besonnenste Haltung zu erkennen, und Sie seien über die Haltung der Bürger erfreut gewesen.

Was die Adresse selbst betreffe, so könne Se. Majestät nicht, wie es in andern Ländern Sitte sei, darauf in wohlstilisirter Rede antworten; nur im Conversationston wollten Sie einige Worte erwidern. Zunächst freuten Sie Sich, auf die Hauptbitte erwiedern zu können, daß Sie bereits gewährt sei. Die Einberufung des Vereinigten Landtages sei seit mehreren Tagen beschlossen, und das Berufungs-Patent bereits vollzogen. Mit Zuversicht sehe der König dessen naher Versammlung entgegen, da ächt Preußische Gesinnung in Tagen der Gefahr am wenigsten fehlen werde. Mit vollster Offenheit und vollstem Vertrauen würden Se. Majestät dem Landtage entgegentreten. Ihre Loosung sei: „freie Völker, freie Fürsten"; nur wenn beide frei wären, könne die wahre Wohlfahrt gedeihen! Die anderen Bitten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten; ein näheres Eingehen darauf sei daher nicht nöthig.

Doch eines Ausdruckes der Adresse müßten Se. Majestät erwähnen, desjenigen nämlich, welcher gegen die allmälige Entwickelung der Verfassung gerichtet sei; diesem könnten Sie nicht unbedingt beitreten. Es gäbe gewisse Dinge, die sich nicht übereilen ließen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen. — Das lehre ja auch die Geschichte des Nachbarlandes, wo sich innerhalb Menschengedenken 15 beschworene Verfassungen einander verdrängt hätten, wo erst neuerdings das selbst geschaffene Gebäude zusammengefallen sei. — Nicht in 6 Wochen dürfe man ein Haus bauen, welches zu bauen anderthalb Jahre erfordere; auch nicht auf Sand dürfe man es bauen, wenn es bestehen solle! — „Kühn und bedächtig", das seien die Loosungsworte jedes guten Feldherrn, ungestraft dürften sie nicht getrennt, nicht das Eine über dem Andern vergessen werden! Das wollten auch Se. Majestät nicht vergessen. — Die gute, alte Deutsche Ordnung dürfe nicht unbeachtet bleiben; auch die Gliederung der Stände sei Deutsch; wer dagegen anstrebe, der setze sich Gefahren aus. Auch dafür fehle es nicht an Beispielen! Ebenso der Besitz als althergebrachte Grundlage der Standschaft komme in Betracht. Doch alles dieses könne nur mit dem Landtag erledigt werden, wie Se. Majestät ihm vertraue, so möchte auch das Volk ihm vertrauen und „dadurch eine recht innige Vereinigung der Regierung, der Stände und des Volkes erwirken." Diese Einigkeit müsse das höchste Ziel des Strebens sein bis zum Landtage, während des Landtages. Nur durch festes Zusammenhalten könne übrigens das Unheil vom Deutschen Vaterlande abgewendet werden, welches der Revolutionskrieg über dasselbe gebracht hätte! Se. Majestät möchten die Verantwortlichkeiten des Zwiespaltes nicht über Sich nehmen. Was überhaupt Deutschland betreffe, so liege dessen Schicksal nicht in Ihrer Hand, Alles aber, was Ihre Kraft vermöge, wollten Sie redlichst und ernstlichst anwenden, damit auch diese Zeit der Krisis zu dessen Einigkeit, Kraft und Größe ausschlage; sie liege Ihnen so nahe am Herzen, als diejenige Preußens.

Schließlich geruhten Se. Majestät die Deputation zu ermächtigen, die Allerhöchste Antwort ihren Mitbürgern mitzutheilen.

Berlin. — Der Prinz von Preußen nahm auf der Parade von den Offizieren des Gardecorps, dessen Chef er ist, und heute von den Mannschaften dieser Regimenter herzlichen Abschied, da er sich in diesen Tagen auf unbestimmte Zeit nach der Rheinprovinz begeben wird. Daß dieser Aufenthalt kein vorübergehender sein dürfte, geht daraus hervor, daß ihm nächstens seine Frau Gemahlin und Familie nachfolgen soll, überhaupt alle Anstalten zu seiner Hofhaltung in Köln getroffen sind.

Zu den Breslauer Deputirten sagte nach der Schles. Ztg. der Minister v. Bodelschwingh: Käme der Fürsten-Kongreß zu Dresden nicht zu Stande, was auch er glaube, so würde Se. Majestät den Landtag noch eher, als den 27. April, einberufen und das Land baldigst davon in Kenntniß setzen.

Berlin, den 14. März. (B. N.) Ich beeile mich, Ihnen ein Ereigniß zu melden, das nicht verfehlen wird, auf unsere Börse, nachdem dieselbe schon sehr gedrückt war, einen neuen ungünstigen Eindruck zu machen und die Course an derselben noch weiter zu drücken. Es besteht darin, daß hier am gestrigen Abend ein bedeutender Auflauf von Menschen vor und in der Gegend des Königlichen Schlosses stattfand (nach Schätzung Einiger gegen 10,000 Köpfe betragend), die mit lauter Stimme um schleunige Bewilligung von Preßfreiheit und mehrerem Anderen riefen. Es rückte Kavallerie dagegen an, die zuerst mit Steinwürfen empfangen wurde und demnächst einhieb. Es sollen nicht ganz wenige und einzelne ziemlich schlimme Verwundungen vorgekommen sein.

Breslau den 14. März. Gestern fand in der großen Aula der Universität eine allgemeine Studentenversammlung statt, zu welcher der Rektor, laut Anschlag am schwarzen Brett, die Erlaubniß ertheilt hatte, und zwar unter der Bedingung, daß die Berathungen in parlamentarischer Weise gepflogen und keine Gegenstände zur Debatte kämen, die außer dem Bereiche des studentischen Lebens lägen. Die Versammlung war sehr zahlreich.

Die wesentlichen Punkte die in der Versammlung berathen und angenommen wurden, sind: die Abberufung der Regierungsbevollmächtigten, Wiederherstellung einer verantwortlichen Vertretung der Studireuden beim Senat, das Recht freier Versammlung in Petition, unbedingte Hör- und Lehrfreiheit, und Aufhebung des Verbots gegen Verbindungen und Unterzeichnung der Reverse. Die vorgeschlagene Abschaffung des akademischen Gerichtsstandes ging nicht durch.

Königsberg den 11. März. Die städtische Ressource ist in Folge des unterm 8ten gemeldeten Ereignisses (betreffs der an Se. Majestät den König gerichteten Adresse) definitiv aufgelöst, und schon die nächste Versammlung, die auf den 13ten gefallen wäre, darf nicht mehr stattfinden.

Magdeburg. — Neulich war Abends und Nachts ein Bataillon der hiesigen Truppen in ihrer Kaserne auf Requisition des Landraths konsignirt, weil man befürchtete, daß das Haus des Konsistorial-Präsidenten Göschel angegriffen werden würde. Auch waren Arbeiter aus der Buckauer Maschinenfabrik und von dem Bau der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn plötzlich entlassen, die in offene Unzufriedenheit auszubrechen drohten.

Dresden, den 13. März. (Lpz. Z.) Se. Majestät der König hat den Staats-Minister v. Könneritz aus dem Staatsdienst entlassen und auch die Entlassung der Staats-Minister v. Zeschau, v. Wietersheim, v. Carlowitz und v. Oppell beschlossen, zugleich jedoch angeordnet, daß sie die ihnen übertragenen Departements so lange fortführen sollen, bis die ihnen in Kurzem zu gebenden Nachfolger eingetreten sein werden.

Weimar, den 13. März. Vorgestern kam abermals eine Masse Landvolk in unsere Residenz, welche die Entlassung des Geh. Raths Schweitzer und des Geh. Staatsraths Thon aus dem Staatsdienst und die Einsetzung des Landtags-Abgeordneten v. Wydenbrugk in denselben als Petitum aufstellten, welches der Großherzog auf der Stelle gewährte. Die indessen organisirten 20 Kompagnien Bürgerwehr, vorläufig ohne Waffen, zu welchen sich eine Schwadron Bürgerkavalleree gesellte, schützten Residenzschloß und Stadt vor jeder Unordnung.

Frankfurt a. M. (Fr. J.) Seit dem 12. März Mittags weht von dem Bundespalast auf der großen Eschenheimergasse die schwarz-roth-goldene Fahne, als Zeichen der Anerkennung von Seiten des Bundestages.

Frankfurt a. M., den 13. März. In Hanau ist heute Festtag, Vormittags Kirche und Kirchenparade. Heute Nachmittag wird das in Rückingen und Langenhelbold stehende 3. Infanterie-Regiment mit klingendem Spiel in die Stadt zurückkehren. Die Ruhe wird sich nun in Kurhessen rasch wieder herstellen.

Kiel den 11. März. Mit dem heutigen Dampfboot ist ein Rescript hier eingetroffen, welches die Presse frei macht. Eine zweite Bestimmung sagt, daß Volksversammlungen nur alle Woche ein Mal stattfinden sollen.

Dem Alt. Mer. wird aus Kiel vom 12. März geschrieben: „Zuverlässig erfahren wir so eben aus Kopenhagen, daß in einer vorgestern stattgefundenen Sitzung des Staatsraths alle Minister sich entschieden dafür erklärt haben, um den am folgenden Tage zu erwartenden Bewegungen zuvorzukommen, die Einverleibung von Schleswig in das Königreich Dänemark auszusprechen, da indeß der Graf K. Moltke sich dem entschieden widersetzt und seine sofortige Entlassung aus dem Staatdienste verlangt hat. In Folge dessen hat der König entschieden, die Sache näher zu überlegen. Wir zweifeln nicht, daß gestern und heute Ereignisse in Kopenhagen stattfinden werden, die den König zwingen, die Eroberung eines Deutschen Landes auszusprechen. Man spricht in Kopenhagen davon, im Nothfalle Freischaaren zu bilden."

Prag, den 12. März. Gestern hatten wir einen wichligen Tag. Schon seit einiger Zeit waren Aufforderungen ergangen zu Volks- oder Bürgerversammlungen, welche zu hindern die k. k. Behörden, namentlich die hiesige Polizei, Kundmachungen vertheilen und an alle Straßenecken anschlagen ließ, in welchen ernstlich vor der Theilnahme an derlei unerlaubten Versammlungen gewarnt wurde, da die Behörde fest entschlossen sei, die Ordnung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln und mit Militairgewalt aufrecht zu erhalten. Gestern Mittag sah ich bei der Hauptwache am großen Ringe die Kanonen laden, weil für gestern Abend 6½ Uhr die Versammlung angesagt war. Wie erstaunte ich, als ich später erfuhr, daß die angesagte Versammlung wirklich im St. Wenzelsbade stattgefunden habe und alles in der besten Ordnung, ohne die geringste Störung abgelaufen sei. Keine Polizeiperson, kein Soldat hatte sich sehen lassen, obgleich das Militair in allen Kasernen schußfertig aufgestellt war. Gegen 800 Bürger, größtentheils Czechen, beschlossen in einer Petition an Se. Maj. nachstehende Forderungen auszusprechen: 1) Gleichstellung der böhmischen und deutschen Sprache in den Schulen, wie bei Gericht. 2) Preßfreiheit durch ein Strafgesetz geregelt. 3) Repräsentation des Bürgerstandes bei den Landtagen; Vereinigung der böhmischen, mährischen und schlesischen Stände. 4) Oeffentliches Gerichtsverfahren. 5) Communal-Verfassung; Wahl der Magisträte. 6) Bewahrung des Briefgeheimnisses. 7) Sicherheit der persönlichen Freiheit. 8) Ablösung der Robot. 9) Alle Centralbehörden in Prag. Verantwortliche Mi-

nister. 10) Vierjährige Militair-Dienstpflicht; Alle Stände gleich verpflichtet und Ziehung durch's Loos. 11) Nationalgarde. 12) Aufhebung der priv. Gerichtsbarkeiten und der Patrimonialgerichte. 13) Gleichstellung aller Confessionen. 14) Aufhebung der Verzehrungssteuer. Der zur Entwerfung der Petition gewählte Ausschuß besteht aus 20 Personen, unter denen Leop. Lämel, E. Zdekauer, Dr. Brauner, Dr. Stroback, Fr. Wanka, Albr. Graf Deyhm, J. B. Riedel, Fr. Graf Thun jun., Graf Salm rc. sich befinden. Die Petition wird an vier verschiedenen Orten zur Unterschrift ausliegen und ist deren Unterzeichnung jedem redlichen Bürger gestattet.

Paris den 11. März. Heute werden im **Moniteur** zwei telegraphische Depeschen, die eine aus Marseille, die andere aus Toulon, beide vom 7. März, publizirt, mittelst deren die dortigen Marine-Behörden nach Paris melden, daß, nach Berichten, welche mit den Schiffen «Philippe Auguste« und «Titan» aus Algier angelangt, der Herzog von Aumale und der Prinz von Joinville am 3. d. Mts. an Bord des «Solon« sich eingeschifft und ihren Weg nach Gibraltar genommen hätten. «In Algier» fügt die erste der Depeschen hinzu, «war nichts Neues vorgegangen.» Anderen Blättern zufolge, hätte der Herzog von Aumale am 2. März die Ausrufung der Republik in Frankreich erfahren, dieselbe darauf in Algier sofort ebenfalls verkündet und vor seiner Einschiffung folgende Proclamation erlassen: «Bewohner Algeriens! Treu meinen Pflichten als Bürger und Soldat, bin ich auf meinem Posten geblieben, so lange ich meine Gegenwart als dem Dienste des Vaterlandes nützlich halten konnte. Dieser Zustand besteht nicht mehr. Herr General Cavaignac ist zum Generalgouverneur von Algerien ernannt worden. Bis zu seiner Ankunft zu Algier werden die Funktionen eines Generalgouverneurs interimistisch von Herrn General Changarnier erfüllt werden. Dem Nationalwillen unterworfen, entferne ich mich, allein aus der Tiefe der Verbannung werden alle meine Wünsche für Euer Wohlergehen und für den Ruhm Frankreichs sein, dem ich länger hätte dienen mögen.« General Changarnier hat interimistisch die Funktionen eines Generalgouverneurs übernommen. Die **Presse** will wissen, die beiden Prinzen würden sich nach Brasilien begeben. Das algerische Heer soll bereits der provisorischen Regierung seine Zustimmung ausgesprochen haben. Eine Deputation der algerischen Kolonisten hat der provisorischen Regierung in Paris ihren Dank dafür abgestattet, daß sie deren Recht anerkannt, an der Nationalvertretung Theil zu nehmen und zugleich um vollständige und unverzügliche Gleichstellung Algeriens mit dem Mutterlande gebeten. Hr. Pagnerre, der Secretair der Regierung erklärt ihnen im Namen derselben, es solle allen Beschwerden der algerischen Kolonisten abgeholfen werden und diese Kolonie bilde nun einen Theil von Frankreich.

In Paris hat sich wirklich eine sogenannte Belgische Legion gebildet, deren offen ausgesprochener Zweck dahin geht, Belgien zu republikanisiren; nach lebhafter Debatte soll sie aber ihre Operationen noch verschoben und ihren Führer Becker abgesetzt haben.

Die hiesige russische Legation hat von ihrer Regierung noch keine Weisung empfangen, aber schon rüsten sich alle russische Unterthanen, Paris zu verlassen. Die Mehrzahl wird nächstens abreisen, um zu Bonn, Wiesbaden, Ems und Frankfurt die Befehle des Kaisers zu erwarten.

Der Oesterreichische Gesandte soll am Mittwoch eine lange Konferenz mit Herrn v. Lamartine gehabt und sich darauf zu mehreren Personen sehr befriedigend über die friedfertigen Absichten des Französischen Ministers geäußert haben. Lamartine scheine überzeugt, daß der Friede der Welt nicht werde gestört werden.

Vereinzelte Fälle, wo Individuen verhaftet wurden, die gegen die Republik sprachen, werden erzählt, und Manche gehen sogar so weit, die National-Garde selbst, oder doch einen großen Theil derselben, der Lauheit gegen die Republik, ja der Abneigung dagegen zu beschuldigen. Die natürliche Folge davon ist, daß man sich gegenseitig schärfer und genauer überwacht.

Die finanziellen Dekrete, welche gestern erschienen sind, erfahren scharfe Kritik, und diese Schärfe des Tadels wird sogar in einem Organe der neu erstandenen Presse in dem Journal **Assemblée Nationale**, mit einer Unerschrockenheit ausgesprochen, die wirklich bemerkenswerth ist.

Sämmtliche als Adjutanten oder Ordonnanz-Offiziere der Person des Königs und der Prinzen attachirt gewesenen Offiziere sind durch Beschlüsse des Kriegsministeriums aus den Aktivitäts-Cadres der Armee entfernt.

Gestern wurde der offizielle Artikel des Oesterreich. Beobachters über die Revolution von Paris auf öffentlicher Straße, in der Rue de Bouloi, feierlich verbrannt. Cabet hatte ihn im Montesquieu-Saale vorgelesen.

In der Kirche Notre Dame de Victoires ist die Statue der Freiheit von dem Klerus mit großem Pomp empfangen und eingesegnet worden.

Der Befehlshaber des Dampfschiffs „Titan" überbringt zwei Depeschen, die eine vom Herzog von Aumale, an den Kriegsminister, die andere, vom Prinzen von Joinville, an den Marineminister. Sie legen darin ihre Stelle nieder, erklären aber, daß ihr Leben und ihr Degen dem Lande zu Gebote ständen, wenn es je ihre Dienste fordern sollte.

Nach der Prüfung der Vollmachten wird die erste Handlung der konstituirenden National-Versammlung in der Bestätigung oder Abänderung der bis zur Veröffentlichung der Constitution beizubehaltenden provisorischen Regierung bestehen. Wie es heißt, sollen alle Mitglieder der provisorischen Regierung durch eine gemeinsame Kandidatur den Pariser Wählern für die Wahl zur konstituirenden Versammlung vorgeschlagen werden.

London den 10. März. Die Ruhe ist jetzt überall, wo sie gestört war, wieder hergestellt, und die ganze Bewegung stellt sich als ein Manöver der Chartisten heraus, welche ihre Volks-Charte nicht in Vergessenheit gerathen lassen wollten. In Glasgow hatte eine starke militairische Demonstration die Meuterer in Schrecken gesetzt, denn nachdem die Truppen gefeuert und zwei Individuen getödtet und vier verwundet hatten, hörten die Plünderungen sogleich auf und der Haufe zerstreute sich. Man fürchtete indeß für die nächste Woche, da zum 13. ein allgemeiner sogenannter Strike der Arbeiter, um eine Lohnerhöhung zu erzwingen, angekündigt ist.

Herr Guizot, welcher bis vorgestern trotz der vielfachen Besuche, die er empfangen mußte, in strenger Zurückgezogenheit lebte, hat jetzt bei den Haupt-Mitgliedern der Regierung die Besuche erwiedert.

London, den 11. März. Die Course begannen besser, schlossen aber in Folge von starkem Verkaufe niedriger. — Aus Manchester ist die Kunde eingetroffen, daß die Ruhe dort wieder hergestellt ist, was zu Edinburg und Glasgow gleichfalls der Fall. Aus Glasgow hört man aber, daß 20—30,000 Grubenarbeiter der Bezirke von Holitown, Aerdral und Glasgow die Arbeiten eingestellt und Lohnerhöhung verlangen; sie sollen Willens sein, nach Glasgow zu marschiren, für welchen Fall die Behörden schon Maßregeln getroffen haben. In einer unserer Vorstädte zu Kennigton soll Montag wieder ein Chartisten-meeting stattfinden. Da aber Unruhen zu befürchten sind, so soll es untersagt werden und die höheren Polizeibehörden haben schon angezeigt, daß alle Versammlungen mit Gewalt auseinandergetrieben würden. Zu Dublin sollte auch eine große Manifestation für die Französische Republik statthaben, wobei die Häupter von Jung-Irland figuriren würden. Sie ist aber vom Lord-Lieutenant verboten worden und zwei Regimenter haben die Besatzung verstärkt, um jeden Unfug zu gewaltsam unterdrücken.

Der Pariser Korrespondent der **Times** schreibt, daß die Polnischen und Italienischen Flüchtlinge zu Paris beschlossen hätten, ruhig zu bleiben, dem Französischen Gouvernement keine Verlegenheiten zu bereiten und durch voreilige Aufstände ihr Vaterland vor Verlegenheiten zu bewahren. — Ueber die Stimmung der Großmächte meint er, daß außer Oesterreich wohl nur noch Rußland der Revolution feindselig entgegenstehen werde.

London, den 11. März. Man schreibt aus Dublin, daß die Regierung entschlossen ist, sich der großen Manifestation zu Gunsten der französischen Republik, welche dort stattfinden soll, zu widersetzen, während ihrerseits die Partei des jungen Irlands trotz des Verbotes der Regierung die Versammlung zu halten gedenkt. Zwei Regimenter werden die Garnison von Dublin verstärken.

Es sind in England betrübende Nachrichten aus den Kolonieen eingegangen. Die Pflanzer haben, sobald sie vernommen, daß die Zollermäßigung aufhöre, die ihren Produkten seither im Mutterlande eingeräumt war, den Lohn der Arbeiter herabgesetzt, und die Arbeiter haben dann die Arbeit eingestellt. In Guyana ist Brand und Plünderung an der Tagesordnung. Drei der schönsten Besitzungen sind in Flammen aufgegangen, und obgleich der Gouverneur eine hohe Belohnung auf die Anzeige der Anstifter dazu gesetzt hat, nehmen die Verheerungen ihren Fortgang, ohne daß man der Verbrecher habhaft werden könnte. In Berbice sind die Magazine der bedeutendsten Kaufleute in Asche gelegt.

Neapel, den 26. Febr. (A. Z.) Heute erschienen ein Spanisches und ein Oesterreichisches Kriegsschiff. Die Besatzung des letzteren stieg nicht ans Land. Die Aufregung ist diesen Augenblick wieder sehr bedeutend in Neapel. Man kam neuerdings mehreren Anschlägen der Lazzaroni auf die Spur (so z. B. sollten gestern Abend mehrere Bomben im Menschengewimmel zerplatzen), und außerdem wächst das Mißtrauen gegen das Ministerium, namentlich gegen Serracapriola, von Stunde zu Stunde. Sehr starke National-Patrouillen durchstreifen die Straßen Neapels, und vor dem Café d'Europe und anderswo stehen dichte Menschengruppen, welche gegen das Ministerium (Bozzelli ausgenommen) ihre Erbitterung in lauten Worten auslassen. Mißtrauen an allen Ecken und Enden.

Genua, den 5. März. (Schwäb. Merk.) Die Jesuiten sind ins Modenesische gebracht worden. Ihr Palast ist nun der Bürgergarde eingeräumt. Am anderen Morgen kamen Bauern vom Lande, über die Plünderung des Jesuiten-Klosters erbittert, mit Prügeln in die Stadt, um die Genueser zu züchtigen. Die Bürgergarde beruhigte sie.

Mailand den 8. März. Heute war hier noch Alles ruhig.

Madrid, den 6. März. Es scheint, daß die Exaltados auf gestern Abend eine Emeute beabsichtigten. Die Vorsichtsmaßregeln der Regierung haben indeß den Erfolg gehabt, daß die Ruhe in keiner Weise gestört worden ist. Sämmtliche Truppen waren konsignirt.

Aus der Schweiz den 10. März. Neuenburg, Valendis und zwei andere Ortschaften verweigern die Anerkennung der provisorischen Regierung. Der „Neuchatellois", das Organ der Royalisten, bemüht sich, die bisherige Regierung zu entschuldigen, daß sie den Insurgenten nicht Waffengewalt entgegengesetzt. Dann tadelt er die eidgenössischen Commissarien, daß sie die provisorische Regierung anerkannt, während die alte noch nicht abgedankt habe. Die Staatsräthe werden nun so lange verhaftet bleiben, bis sie förmlich abdanken.

Zürich den 10. März. Der Deutsche Handwerkerverein „zur Eintracht" ist mit Auflösung bedroht, und die meisten seiner Mitglieder sollen über die Grenze verwiesen werden, weil sie in der letzten Versammlung des Vereins eine Deutsche Republik proklamirt haben sollen. Unsere Regenten sind in Bezug auf Fremdenpolizei sehr streng. Letzthin haben sie sogar einem deutsch-katholischen Geistlichen ohne erheblichen Grund die Aufenthaltsbewilligung verweigert.